

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postachek-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten, 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellschein

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verhändlerlei für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige] Nr 82

FREITAG, 17. FEBRUAR 1933

ABEND-AUSGABE

Neue Getreidepreisstützung

Förderung der Mehlausfuhr

Amfänglich wird mitgeteilt:

An der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurden neue Vorschläge des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Eugen Berger, zur Stütze des Getreidemarktes angenommen. Danach sollen vor allem neue zusätzliche Möglichkeiten für Getreide erschlossen werden, während andererseits ausländisches Getreide jeder Art, abgesehen von Ausnahmissetzungen, vom Markt ferngehalten wird. Hierfür wird, mögen auch im Ganzen beträchtliche Getreidemengen vom Reich aufgenommen werden, in der öffentlichen Hand Getreide nur im Rahmen einer von jedem Standpunkt aus vertretbaren nationalen Reserve akquisiert bleiben. Die verkäufte Preisstufe des Getreidemarktes wird sich nicht, wie bisher, nur auf Weizen und Roggen, sondern auch auf Hafer erstrecken.

Im einzelnen handelt es sich besonders um Maßnahmen zur Förderung der Verfrachtung von Roggen in Verbindung mit Karosellfrachten bei der Schmelzezeit und konzentriertem Weizen an Häfen. Zur Förderung der Ausfuhr von Mischgetreidemengen aus Weizen und Roggen wird das Ausfuhrzertifikatssystem wieder eingeführt. Darüber hinaus sind besonders Ausfuhrmöglichkeiten, vornehmlich für Hafer, erschlossen worden. Die für die Durchführung noch erforderliche Klärung der Einzelheiten ist jetzt eingeleitet worden, so daß in aller Kürze mit einem Wirksamwerden der Maßnahmen zu rechnen ist.

Staatssekretär für das Handwerk

Der Reichsanwalt hat heute eine Reihe von Vertretern des Handwerks empfangen, die ihm über die wirtschaftliche Lage, vor allem des gewerblichen Mittelstandes, berichteten.

Nach einer amfänglichen Mitteilung nahm an der Konferenz mit dem Reichsverband des Handwerks der Staatssekretär in der Reichskanzlei und der Sachbearbeiter der Reichsleitung der R.E.D.A.F. teil. Der Reichsanwalt sprach, so wird gefolgt, „in weitestgehender Abwechslung von der entscheidenden Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes für den Wiederaufbau von Wirtschaft und Volksgemeinschaft zum Ausdruck“. Im Anschluß hieran folgte die Befragung eines Vertrauensmannes der mittelständischen Wirtschaft an entscheidender Stelle und mit entsprechenden Vorschlägen zu.

Aus dieser Mitteilung ist zu entnehmen, daß die Schaffung eines Staatssekretariats für das Handwerk in Aussicht genommen ist, das seit langem von den Spitzenverbänden gefordert wird. Es darf vermutet werden, daß für die neue Staatssekretariate der bisherige Reichsminister für das Handwerk, Hoppe, in Aussicht genommen wird. Hoppe ist Mitglied der R.E.D.A.F.

Ein Termin für die nächste Sitzung des Reichskabinetts steht noch nicht fest. Da der Reichsanwalt die Sitzung auf Wednesday versetzt ist, ist nicht vor Montag mit einer Sitzung zu rechnen. Die Arbeiten am Reichshaushalt für 1933 sind noch nicht über die Bedarfsbestimmungen der einzelnen Ressorts hinausgekommen. Die für die Aufstellung des Haushaltsplans entscheidenden Posten, nämlich die zu erwartende Entwidlung der Steuereinnahmen einzelner, die Aufwendungen für die Erwerbslosen andererseits können noch nicht mit festen Zahlen eingeleitet werden.

Staatsrat Schaffer bei Hindenburg

Staatsrat Schaffer ist heute als beauftragter Vertreter der bayerischen Staatsregierung vom Reichspräsidenten in Anwesenheit des Vizekanzlers von Papen empfangen worden. Diese Unterredung ist schon vor längerer Zeit durch Staatsrat Schaffer nahegelegt worden, hatte aber infolge der letzten Ereignisse bis jetzt noch nicht stattfinden können.

Wie wir erfahren, ist Staatsrat Schaffer durch Vizekanzler von Papen telegraphisch nach Berlin beauftragt worden. Ueber den In-

halt der Unterredung wird amfänglich nicht bekanntgegeben. Es ist jedoch anzunehmen, daß Staatsrat Schaffer Gelegenheit genommen hat, Ausführungen zu den Aufstellungen zu geben, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld schon vor längerer Zeit dem damaligen Reichskanzler von Papen im Auftrag der bayerischen Regierung überreicht hat, und in denen die bayerische Auffassung zu den Abwechslungen über die Einsetzung von Reichskommissarien in Preußen dargelegt wurde.

Levegovs Antrittsrede

Oberpräsident Melcher verabschiedete sich heute von den leitenden Beamten des Reichspräsidenten. Darauf nahm ihn Reichsfolger als Reichspräsidenten von Levegovs mit dem Wort. Er erklärte:

Ich bin gemüht, im Sinne jener aufbauenden vaterländischen Arbeit der Regierung des nationalen Erbes, deren politische Lebensaufassung in unüberwindlichem Gegensatz und Widerspruch steht zu dem Glauben, das der ewig frische und fröhliche 9. November einleitete, die Bahn für diese neue Denkmalsweise der Regierung auch innerhalb meines verantwortungsvollen Arbeitsbereiches freizumachen.

Das Schiff auf diesem Wege zu halten, werde ich unter allen Umständen meine ganze Kraft einlegen. Das Maß und Ordnung in der Reichsorganisation herzustellen, Saubertät, Recht und Gerechtigkeit, und daß wir in diesem Sinne der Bevölkerung der Reichshauptstadt ein leuchtendes Vorbild sind, das ist mein festes Vorhaben. Tüchtig vor niemandem als vor Gott.

Schmidt noch nicht amfänglich

Die von uns als amfänglich wiedergegebene Meldung über die Einsetzung des bisherigen Staatssekretärs Schmidt in das preussische Staatsministerium des Innern kann auf Anfrage an aufständiger Stelle zur Stunde noch nicht bekräftigt werden. Die Meldung war von der Telegraphen-Linien verbreitet worden.

*

Mittags fand ein Empfang von Senats- und Wirtschaftspräsidenten der Hanse-Städte bei den Reichsministern Eugen Berger und Freiherrn von Neurath statt.

Alkoholverbot soll fallen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 17. FEBRUAR

Die New-Yorker Presse jubelt über den überraschenden Sieg der Prohibitoren im Senat, wo die Zweidrittelmehrheit für einen Widerruf des Alkoholverbots zustande kam. Der Erfolg ist um so größer, als der Senat immer als Festung der Trockenheit galt.

Die Hoffnung aller Trockenheit, daß die Aufhebung des Alkoholverbots eine mindestens zweijährige Prozedur darstellen würde, weil verfassungsgemäß in allen 48 Staaten-Senaten noch einmal über den Widerruf des Verbots abgestimmt und eine Dreiviertel-Mehrheit erzielt werden müßte, wird ebenfalls enttäuscht werden. Denn man hofft, einen leichten Ausweg zu finden, der die Wieder-einführung des Alkohols in Amerika noch während der Wahlterminspitze gestattet.

Trotzdem ist kein Zweifel, daß um die Ratifizierung des Verbotswiderrufs in den Einzelstaaten ein erbitterter Kampf entbrennen wird. Das Zustandekommen eines Wots von dreizehn Staaten, die sich für Beibehaltung des Alkoholverbots entschieden, wird von den Trockenheit mit riesigen Kosten und aller nur möglichen Propaganda versucht werden.

Nach der neuen im Senat angenommenen Resolution bleibt die Regelung des Alkohol-Anschlusses den einzelnen Bundesstaaten und nicht, wie bisher, der Zentralregierung überlassen. Diese wird nur für die Festsetzung der Alkoholeinfuhr in benachteiligten Staaten sorgen, die sich bei der kommenden Ratifizierung in den Bundesstaaten ausdrücklich dem trockenheit Wot zurechnen sollen.

Die Einkreisung Südslawiens

Von

DR. FRANZ KLEIN,

Sonderberichterstatter der Vossischen Zeitung

Der Hauptgewinn des soeben in Genf am Bode des erkrankten Titulescu unterzeichneten ewigen Bündnispakts der Kleinen Entente ist Jugoslawien, dem es jetzt gelang, für seine Außenpolitik die volle Unterstützung Ruminiens und der Tschechoslowakei zu gewinnen. Unser nach Südwesten orientierter Sonderberichterstatter zeigt die geographischen und militärischen Tatsachen, aus denen sich der für den Frieden Europas so gefährliche italienisch-jugoslawische Gegensatz entwickelt hat und ständig neue Nahrung erhält.

Ein politisches Genfalm sieht im Fort des Balkanbundes, der alten Frenkel Verträge, die auf das erhebende Beispiel der Vermählung von Donau und Save herabfällt. Cines großen Meisters, des Arzelen Melkowitz, fand hat in die Haltung dieser Frauengestalt, die Südlawien verortet, die Weisheit der Pantheist gebannt. Zu weisem Schwert, nicht bloß zur Bildung wird so die Zukunft des Sozialen. A. In der Frenkel genant — in vergrößerte begehrenden dem Genfalm wie ein Echo mit Goldbroschen der Geist des soeben erledigten französischen Genfalmgebüdes. So eindringlich wird hier in Erinnerung gebracht, daß Frankreichs Wille die neuen die weiten Grenzen dieses Reichs abgesteckt hat.

Diese Grenzen sind, gemessen an nationaler Selbstbestimmung, beinahe die gerechtesten in der gewaltigen Neuverteilung Europas. Die Kränkung deutschösterreichischer, mobilitärscher, italienischer, bulgarischer Ansprüche stellt sich — immer nachteilig für die Genfalm — in vergrößerte begehrenden Umständen. Österreich konnte den Verlust beidigen Südlawien in der Südlawienart wetten, soweit das wettzumachen ist, durch die Rärntner Volksabstimmung, bei der slowenische Bürger sich für die Gemeinshaft mit dem soeben besiegten Deutschland entschieden. Im Verhältnis zu Italien hat weit eher Südlawien Anlaß zu klagen, denn viel größer ist die Zahl der an Italien gefallenen Glawen in Arien und im Südlawien Mittel — im Vergleich mit der Zahl der in den nun Südlawien überfluteten Dalmatiens. Ungarn hat seine entscheidenden Verluste zugunsten der Rumänen und Tschechen erlitten, und die Bulgaren mußten an Griechenland dreimal soviel abtreten wie jene 2400 Quadratkilometer, die an Serbien fielen.

Dennoch sieht heute große Südlawien fast all seine Grenzen bedroht. Man muß, um es zu verstehen, auf den Londoner Post von 1915 zurückgreifen, durch den England und Frankreich das Eingreifen Italiens an ihrer Seite bewilligt haben. Die Adria wird italienisch, so wurde feierlich verprochen. Heute gibt es nicht nur in Rom, sondern auch in Belgrad Zündstoffladungen mit dem Aufdruck: Unser Meer. Italien bekam den Strigehofen Pola, dem man vom Duarneo in den Häfen schießen kann, aber die Wucht von Cattaro, einer der besten Kriegshäfen der Welt, blieb ihm vorenthalten. Die Annahme nahm Rumine, aber das anzureichende Genf hat Frankreich und Serbien. Die sechs-hundert Kilometer lange Südlawien Küste, besonders dort, wo vorgelagerte Inseln, von der Seeite her nicht angreifbar, der Weltkrieg hat das bekräftigt. So hat Italien eines seiner Hauptziele, die Alleinhererschaft in der Adria, nicht erreicht. An die Stelle Österreich-Ungarns ist einfach Südlawien getreten. An die Stelle des Staates, der mit Italien um die Vormacht auf dem Balkan stritt, ein Staat, der die Adria vor dem Weltkrieg als ein offenes Ozeanisches Italien fast gänzlich um ein feindliches Truppenland. Hätte man Dalmatien, so genante im Kriegsjahr die Befortung der Straße von Oranto, um die Adria zu einem sicheren Binnensee zu machen. So aber wird immer ein Teil der italienischen Flotte in der Adria gebunden sein.

Aber auch abgesehen von dieser Abfrierung des Londoner Versprechens empfindet Rom auch an der gemeinsamen Abgrenzung von 100 Kilometer die gemühtige Stärkung Südlawiens als sehr bedrohlich. Die letzten offener Eocherhandlungen Rumine darin erblickt, daß der Weltkrieg der Südlawien Soldaten im Weltkrieg genant nicht kleiner war als der des italienischen. Die Südlawien Truppenkörper der österreichisch-ungarischen Arme haben das eben bewiesen wie die serbischen Seeer. Die zweite Front, mit der Italien bei einer Auseinandersetzung mit Frankreich rechnen müßte, ergäbe also alles eher denn einen Streitkriegsausbruch. Monatlang haben einige Bundeskongre-